

Er scheint täglich,
mit Ausnahme
der Tage nach den
Sonntagen und Fest-
tagen. Preis wö-
chentl. 1 Sgr. 9 Pf.,
m. Postenl. 2 Sgr.
monatlich 7 Sgr.
6 Pf. mit Postenl.
8 Sgr. 6 Pf.

Volks-Zeitung

Preis: 22 Sgr.
6 Pf. m. Postenl.
25 Sgr. 6 Pf. —
D. Abonn.-Preis
ist bei allen Post-
anstalten des Inl.
25 Sgr.; d. Ausl.
1 Thlr. 6 Sgr. —
Inser. d. gespalt.
Zeitung. 2 Sgr.

Organ für Jedermann aus dem Volke.

N^o 149.

Berlin, Dienstag den 29. Juni.

1858.

Zur Verständigung.

I.

Wir sind veranlaßt, ein Thema zur Sprache zu bringen, für das wir die Theilnahme und die Ausdauer unserer Leser durch einige Tage in Anspruch nehmen müssen; denn nicht bloß das Thema an sich, wie die Veranlassung, daß wir uns darüber äußern, verpflichtet uns zu einer ausführlicheren Besprechung, sondern die Lage der Dinge in Preußen ist zur Zeit eine solche, daß eine Verständigung hierüber dringend wird, auch wenn sie nicht in aller Kürze zu erreichen ist.

Zu der Besprechung fordert uns das „Preussische Wochenblatt“ heraus, dessen politische Ansichten über eine „parlamentarische Regierung“ wir jüngst angegriffen haben. Wir fühlen uns verpflichtet, für heute die „Entgegnung“, welche die neueste Nummer des Wochenblattes bringt, wörtlich unsern Lesern vorzuführen, und indem wir den Streitpunkt, der in der That der wesentlichste und bedeutendste für die Gegenwart, in den folgenden Nummern ausführlich behandeln werden, wollen wir hiermit aufrichtig gestehen, daß wir zwar nicht hoffen, mit der Partei des preussischen Wochenblattes in den letzten politischen Konsequenzen zur Uebereinstimmung zu kommen, daß es uns aber gleichwohl als verdienstlich erscheint, für die nächsten politischen Zwecke alle Kräfte zu vereinigen, die redlich bestrebt sind, für des Volkes Rechte und des Vaterlandes Heil zu kämpfen.

Dieses redliche Streben haben wir in der Partei des preussischen Wochenblattes niemals verkannt, und stellen es auch jetzt nicht in Abrede; aber zu bekämpfen haben wir an dieser Partei: die Inkonsequenz ihres Prinzips; zeigen wollen wir: die Unhaltbarkeit ihres Systems und verwerfen müssen wir: jedes schwächliche Zurechtshaken und Mobeln der Ueberzeugungen, um sie den Umständen anzupassen.

Der Artikel des preussischen Wochenblattes lautet wie folgt:

„Der Artikel an der Spitze unserer letzten Nummer verdankt sein Entstehen dem Wunsche, gegenüber den wohl nur im Gefühle augenblicklichen Unmuthes gethanen Aeußerungen eines von uns hochverehrten deutschen Fürsten — eines Fürsten, dessen deutsche Gesinnung ihn vor wenigen Jahren noch die Anwartschaft auf eine fremde Königskrone ausschlagen ließ, weil die Annahme derselben unter Preisgebung der Rechte der deutschen Herzogthümer geschehen sollte — das Recht deutscher Stände zu vertreten, unmittel-

bar an den Stufen des Thrones ihre Klagen über die verantwortlichen Rathgeber der Krone zu erheben, ohne daß dadurch der Landesherr persönlich betroffen noch in seiner Würde gekränkt werde.“

Dieser Artikel, den wir unter der Aufschrift: „Konstitutionelle Klassen“ an die Spitze unsers vorigen Blattes stellten, ist von der „Volkszeitung“ in einem Sinne verstanden worden, der weit von demjenigen verschieden ist, in welchem er geschrieben wurde. Wir erklärten darin, daß wir das System der parlamentarischen Regierung, das ist das System, nach welchem der Wille der parlamentarischen Mehrheit der Krone die Wahl ihrer Räte auferlegt und durch diese die Regierung des Staates führt, als den deutschen, namentlich den preussischen Verhältnissen nicht entsprechend betrachteten. Die „Volkszeitung“ wird hierdurch zu dem Schluss gebracht, daß wir eine Landesvertretung wollen, die unter dem Scheine umfassender Rechte in Wirklichkeit nur die Befugniß des Beiraths besitzen solle, wie etwa einst der vereinigte Landtag. — Nichts kann uns ferner liegen! Fassen wir darum das, was unsere wirkliche Meinung ist, hier noch einmal in kurzen Worten zusammen.

Das System der parlamentarischen Regierung wurde aus England, wo es selbstständig aus der nationalen Entwicklung hervorgegangen ist, nach dem Continent herübergenommen. In einigen festländischen Staaten, in denen die Entstehungsweise des Repräsentativsystems und die allgemeinen Zustände mit der Verwirklichung dieser politischen Theorie harmonirten, hat diese letztere seitdem Wurzeln geschlagen. In anderen, wo diese unabweislichen Vorbedingungen fehlten, oder wenigstens nicht in genügendem Maße vorhanden waren, ist sie unfruchtbar geblieben, und hat die Verkümmernng des öffentlichen Lebens, ja selbst den völligen Sturz der Staatseinrichtungen herbeigeführt, als deren eigentlichstes Wesen man sie irrthümlicher Weise ansah.

Wir unsererseits haben uns stets zu der Ansicht bekannt, daß unser preussisches Staatswesen nicht für das System der parlamentarischen Regierung geschaffen und geeignet sei. Dieses letztere steht weder im Einklange mit unserer staatlichen Organisation, noch mit dem preussischen Volksgeiste, noch endlich mit der Stellung unserer Dynastie zur Nation; einer Stellung, welche das Produkt einer in ihrer Art einzigen Geschichte ist. Es entspricht aber aus naheliegenden Gründen eben so wenig den Anforderungen der internationalen Lage Preußens. — Dies unsere Auffassung. Daß

mit dieser aber auf jedes ernsthaft gemeinte politische Recht der Landesvertretung Verzicht geleistet werde, können wir ninnumermehr zugeben. Wir haben im Gegentheil stets die Zustimmung der Letzteren zur Gesetzgebung und Besteuerung, und außerdem die Verantwortlichkeit der Minister als Kardinalpunkte unseres politischen Programms hingestellt. Eine unabhängige Landesvertretung, die von diesen Rechten mit Selbstständigkeit und Ernst, aber zugleich auch mit Umsicht und Mäßigung Gebrauch macht, wird, nach unserer Meinung, auch ohne das System der parlamentarischen Regierung eine ganz andere Stellung im Staate einnehmen, als ein nur mit beratenden Befugnissen ausgestatteter Landtag. Auch ohne daß die Führer ihrer Mehrheit am Staatsruder sind, wird eine solche Landesvertretung auf den Gang der Staatsgeschäfte den ihr gebührenden Einfluß üben. Denn er ist ihr gesichert durch die gewissenhafte Beobachtung der Verfassung, die, unter welchem System es immer sei, überhaupt die Grundbedingung jedes freien Staatswesens bildet. Will man dagegen zum Ausgangspunkt unseres öffentlichen Lebens eine politische Doktrin machen, die aus den gegebenen Verhältnissen so wenig eine Berechtigung schöpft, als sie in ihnen einen fruchtbaren Boden findet, so wird man, fürchten wir, die Entwicklung unserer Institutionen auf Abwege, ja vielleicht gänzlich zum Scheitern bringen.

Den vorstehend entwickelten Standpunkt nimmt das „Preussische Wochenblatt“ nicht etwa erst seit gestern ein; seit dem ersten Tage seines Erscheinens hat es ihn vertreten und bis auf den heutigen Tag in keiner Weise modifiziert. Andere mögen diese Anschauung nicht theilen; für uns ist sie ein Grundsatz von höchster politischer Bedeutung, geschöpft aus tiefster Ueberzeugung und sorgsam abgewogener Prüfung und aufgestellt ohne jeden selbstischen oder parteiischen Nebenwed. Daß man uns aber dies Vertrauen schenke, und uns nicht willkürlich äußere Zwecke unterlege, das glauben wir im Hinblick auf unsere politische Vergangenheit eben so beanspruchen zu dürfen, als wir Gleiches unsererseits keinem lokalen Gegner jemals verweigern werden.“

Berlin, den 28. Juni 1858.

— **In den Wahlen.** Man schreibt uns aus Schlessien: Semehr die Zeit heranrückt, wo wir neue Abgeordnete für unsern Landtag zu wählen haben werden, desto lebendiger wurde auch unter den Demokraten unserer Provinz die Frage erörtert: Betheiligung bei den nächsten Wahlen oder nicht? Natürlich machte sich noch vielfach die bisher befolgte Politik geltend: nicht zu wählen, aber andererseits hob man hervor, daß eine Partei, die sich selbst zur Unthätigkeit verurtheile, auch immer mehr verkümmern müsse; wie überall komme auch in der Politik nur aus Leben und Arbeit Kraft und Macht. Allerdings sei die Lage der Demokratie andern Parteien gegenüber eine höchst ungünstige. Nach allen Seiten überwacht und beschränkt, ohne Presse, könne sie nirgends einen Einfluß üben; es sei daher das gegen die Demokratie bei den Wahlen eingeführte Dreiklassen-system für sie eine fast unübersteigliche Schranke, Aussicht auf Erfolg bei Wahlen also vielleicht gar nicht. Aber die Demokratie sei zahlreich genug, um selbst trotz der drei Klassen hin und wieder einen Abgeordneten durchzusetzen, wenn man nur den Muth habe, seinen Namen für einen demokratischen Abgeordneten zu Protokoll zu geben. An dem Vorhandensein solcher Muthes unter der Demokratie wolle man nicht zweifeln, darum sei man für Wahl. Solche Ansicht drang durch, und so wurde beschlossen zu wählen.

Eine andere Frage ist die, sollen Demokraten Kandidaten der Mittelparteien unterstützen? Für einen Grafen Schwerin, der sich in seiner letzten Schrift für Jensus und gegen geheime Abstimmung bei Wahlen ausspricht, kann natürlich kein Demokrat stimmen, aber was ist denn nun der eigentliche Glaube der au-

dem Herren der bisherigen Opposition? Für Grundsteuer-Ausgleichung Wante, unbeschadet seiner, selbst Herr Marcard stimmen, also sollten solche Kandidaten der liberalen Opposition, welche die Unterstützung der Demokratie bei ihrer Wiedererwählung wünschen, wenigstens öffentlich aussprechen, welche Bürgschaften sie insbesondere der Demokratie bieten. Bis solche Bürgschaften geboten werden, wird die schlessische Demokratie nur für Wahlmänner- und Abgeordnete aus ihrer Mitte stimmen, und sollte sie mit diesen auch überall unterliegen. Sie kommt damit wenigstens in keine ungünstigere Stellung, als bisher: nämlich Niemanden in der Vertretung des Landes zu haben, der ihren Grundsätzen dort Ausdruck giebt.

Zunächst haben wir in Schlessien den Wunsch, daß wir recht bald auch aus den andern Provinzen Preußens Stimmen unserer Bestimmungsgenossen über diese Angelegenheit vernehmen möchten.

— Die Abreise des Königs (in Begleitung der Königin und der Prinzessin Alexandrine) erfolgt morgen (Dienstag) Nachmittag 5 Uhr; das Nachtlager wird in Leipzig genommen. Mittwoch Morgens wird die Fahrt nach Hof fortgesetzt, Abends nach Bamberg, Donnerstag Morgens nach Nürnberg, Abends nach Augsburg, Freitag Morgens über München ohne Aufenthalt nach Pölstirchen und von da mit Extrapost nach Tegernsee. Der König reist als Graf Zollern im strengsten Intogaito.

— Heute fand unter dem Vorsitz des Prinzen von Preußen ein Ministerrath statt. Man erwartet die Ordre, betreffend die Mandatsverlängerung des Prinzen von Preußen bis zum 23. Oktober, morgen (Dienstag) Abend im amtlichen Blatte veröffentlicht zu sehen.

— Der heutige „Staats-Anzeiger“ enthält eine Bekanntmachung vom 26. Juni, betreffend die in Folge des zwischen Preußen und Frankreich unter dem 21. Mai d. J. abgeschlossenen Postvertrages zur Anwendung kommenden Bestimmungen. Der Vertrag tritt am 1. Juli in Wirksamkeit.

— Der Major a. D. Herr von Steinwehr, zu Uxell an Rhein, hat wiederum 10 Friedrichs'or zur Vertheilung an Veteranen aus der denkwürdigen Regierungszeit Friedrichs des Großen eingesandt. Der Betrag ist an nachgenannte Veteranen vertheilt worden:

- 1) den Gemeinen Schnobbel zu Wöllmersen, Kreis Salzwedel, 91 Jahre alt,
- 2) den Gemeinen Mebus zu Schneidemühl, 89 Jahre alt,
- 3) den Unteroffizier Reinhardt zu Anklam, 98 Jahre alt.

— Julius Fröbel wird noch im Laufe dieses Sommers nach den Vereinigten Staaten zurückkehren und sich mit seiner Familie daselbst dauernd niederlassen. Er wurde in Frankfurt a. M. stillschweigend geduldet, aber der Besuch Berlins wurde ihm vom hiesigen amerikanischen Gesandten abgerathen. — In der in unserem letzten Leitartikel erwähnten Schreiben Humboldt's an Fröbel erneuerte unser großer Mitbürger letzterem die Ausdrücke vieljähriger Freundschaft, „welche politische Begebenheiten nicht getrübt haben.“

— Zu Unna (Westfalen) entschied vor einem Vierteljahre die dortige Gerichtsdeputation die Frage, ob ein Ehemann Briefe öffnen dürfe, welche seine Frau von einem Menschen erhält, mit welchem sie in ehebrecherischem Verkehr steht, zum Nachtheile der ersteren. In einem Scheidungsurtheile war ein solcher Brief den der Kläger zu den Akten gereicht hatte, als hauptsächlichste Uebersührungsstück anerkannt worden; und hinterher hatte der Verfährer die Stirn gehabt, den von ihm betrogenen Gatten auf Grund von §. 280 des Strafgesetzbuches zu verklagen, da der Brief „nicht zu seiner Kenntnißnahme bestimmt“ gewesen. Die Richter von Unna hatten den Wortlaut des Gesetzes jeder anderen Auslegung vorgezogen und auf eine Geldbuße von 10 Thlern erkannt. Der Kriminalsenat des Obergerichts zu Hamm hat jedoch das erste Erkenntniß aufgehoben und den Verklagten vollständig freigesprochen.

— Die Hofopernsängerin Fräulein Triestich ist, wie man hört, sehr bedenklich erkrankt.

— Theater am Dienstag den 29. Juni. Opernhaus: Das hübsche Mädchen von Gent. — Friedrich-Wilhelmsstadt: Wauwau und Würmer. Jettichens Kabale und Liebe. — Königsstadt: Otto Belmann. (Fr. Eichenwald und Fräulein Woltrabe als

Gäste.) — Kroll: Bouffes parisiens. L'Impresario. La charmouse.

Breslau. Die hiesige Burschenschaft ist von der Univer-
sitätsbehörde aufgelöst worden.

Dänemark. Bei den neuesten Wahlen zum Volksting
hat die ministerielle (liberale) Partei eine beträchtliche Einbuße
erlitten.

* Paris, 25. Juni. Der „Moniteur“ hat heute endlich
der langen Ungewißheit über die algerische Angelegenheit ein Ende
gemacht. Prinz Napoleon ist zum Minister Algeriens und der
Kolonten ernannt und wird deshalb hier seinen Sitz einnehmen,
wenn er auch vorübergehend sich in Algier aufhalten wird. Die
Kaseregeln findet allgemeine Anerkennung, einmal, weil man sich
von der Person des Prinzen ein wohlthätiges Einwirken auf das
Gedeihen der Kolonie verspricht und dann, weil er, als Prinz und
Bewandter des kaiserlichen Hauses, dem gesammten Ministerium
eine größere Bedeutung und eine selbstständigere Stellung (?) ver-
leihen kann, als dieses bisher dem Kaiser gegenüber einnahm.
Prinz Napoleon war, in seiner bisherigen Stellung außerhalb der
Geschäfte kein blinder Verehrer und rücksichtsloser Beförderer Alles
dessen, was namentlich in der letzten Zeit unter der kaiserlichen Firma
aus- und eingeführt wurde, seine persönlichen Beziehungen mit Män-
nern der Wissenschaft, der Kunst und der Industrie ragen zum
Theil weit in das liberale Gebiet im In- und Auslande hinein
und wenn je sein Einfluß sich bisher in dem Gange der kaiser-
lichen Regierung geltend machte, oder wenn je eine Meinungs-
verschiedenheit zwischen ihm und seinem souveränen Vetter ent-
stand, so war es sicher stets, um der Sache des Fortschrittes und
der Freiheit zu nützen, war es auch manchmal nur in der Weise,
Schlimmeres, als das, was bereits gegeben war, zu verhängen.
(Allzugesährlich wird es mit dem Liberalismus des „vielgeliebten
kaiserlichen Veters“ auch nicht sein. Die Red.) — Wie es scheint
wird Pietri nicht Polizeipräsident, sondern Minister der Polizei und
der allgemeinen Sicherheit werden. Zum Polizeipräsidenten soll
Treilhard, der als Untersuchungsrichter im Dräuf'schen Prozesse
figurirte, ansersehen sein. Wir geben diese Nachricht nur, wie sie
uns zukommt, als stark verbreitetes Gerücht. — Der Kaiser wird
vor dem 2. Juli nicht nach Plombières gehen. — Der Prozeß
gegen Spenne und Courtiel, der von dem Zivilgerichte abgewiesen
wurde, soll wahrscheinlich doch vor dem militärischen Tribunale
abgehandelt werden. Man vernimmt, daß de Béné, der jetzt so
ziemlich wieder hergestellt ist, als Zeuge vor das Kriegsgericht vor-
geladen werden soll. — Nach den neuesten Depeschen im Marine-
ministerium begiebt sich Herr Brolet, Kommandant der französi-
schen Flottenstation an der afrikanischen Westküste, in Person nach
Monrovia, der Hauptstadt der Republik Liberia.

* Paris, 26. Juni. Prinz Napoleon ist, wie es scheint, mit
sehr guten Vorsätzen in sein neues Amt eingetreten und entfaltet
von dem ersten Tage an eine rege Thätigkeit. Bereits gestern
sah eine Berathung bei ihm statt, in welcher alle Fragen, welche
auf die Neugestaltung der algerischen und sonstigen Kolonialver-
hältnisse Bezug haben, geprüft wurden. Dadurch daß der Prinz
Napoleon hier in Paris verbleiben wird, ist der Posten eines
Generalgouverneurs von Algerien nicht überflüssig geworden. Mar-
schall Randon, den der Prinz zuerst darum anging, ferner in Al-
gier zu bleiben, wird allem Anscheine nach sich zurückziehen, na-
mentlich da er Aussicht hat, an Bosquet's Stelle, Oberkomman-
dant von Toulouse zu werden. Er soll den Titel eines Herzogs
von Babylon erhalten. Man denkt in diesem Falle daran, den Ge-
neral de Salles zum Gouverneur der afrikanischen Kolonie zu machen. —
Man versichert, daß in Bezug auf die Befestigung von Antwerpen
Frankreich gesonnen sein soll, die Bestimmungen des Quadrupel-
allianzvertrages anzurufen, denen zufolge Belgien ohne Zusim-
mung der vier Mächte seine Streitkräfte nicht vermehren darf.
Sollte sich dieser Schritt der französischen Politik auch bestätigen,
so bleibt es immerhin noch die große Frage, ob die drei übrigen
Mächte über diese Unstatthaftigkeit der erwähnten Befestigung
eine gleiche Ansicht wie Frankreich hegen.

Paris, 26. Juni. Suad Pascha hat das Bett ver-
lassen! Es wird also bald weiter konferenzelt werden. — In der
„Patrie“ sucht heute ein Lobensprecher zu beweisen, daß N. Napo-
leon (wie bei dem Rücktritt des Schreckensministers Espinasse
geschehen) sich der öffentlichen Meinung zu beugen wisse, ferner

daß die Macht der Presse sehr groß, vielleicht größer sei
als früher!!! Zugleich wird Zufriedenheit darüber ausgebrüllt,
daß der neue Minister des Innern allen Journalen ohne Aus-
nahme den Verkauf auf der Straße bewilligt und der „Indepen-
dante Belge“ (vom 28. ab) den Eingang nach Frankreich wieder
gestattet. — Nach Berichten aus London lauten die letzten Nach-
richten aus Indien nicht sehr günstig. Rana Sahib und Rhan
Bahadur sind zum Angriff übergegangen, und die englischen
Truppen werden von der großen Hitze fürchtbar mitgenommen.
— Am 22., 23. und 24. Juni kam vor dem Justizpolizeigericht
zu Lyon die Angelegenheit einer geheimen Gesellschaft unter dem
Namen Comité révolutionnaire de Lyon zur Verhandlung. Be-
reits im November 1857 wurde die Aufmerksamkeit der Behörde
durch unvorsichtige Aeußerungen erregt. Max wußte, daß zwischen
dem 2. und 10. Dezember zu Paris sich etwas ereignen sollte und
daß Emiffäre Lyon und die benachbarten Departements durchzogen.
Das Attentat vom 14. Januar zeigte die Nothwendigkeit, einzu-
schreiten. Mehrere Personen wurden verhaftet, und sie mit Be-
schlag belegten Korrespondenzen und Papiere ergaben die beab-
sichtigte Gründung eines revolutionären Komite's in Lyon. Die
Untersuchung dauerte fünf Monate und endete mit Verurtheilung
von fünfzehn Individuen vor das Justizpolizeigericht. Mehrere
konnten nicht aufgefunden werden und entkamen wahrscheinlich ins
Ausland. Die Ueberführungsstücke sind zahllos; man sieht Pisse-
len, Säbel, Kugeln, Pulver, Kapseln, Bücher, Broschüren, Jour-
nale. Mehrere dieser Pamphlete haben eigenthümliche Titel:
Der Soldat-Währwolf; Individualismus und Kommunismus.
Unter den Journalen bemerkt man: Den Unerbittlichen,
die Schlangenzunge, das Volk. Unter den Bildnissen:
die Porträts von Ledru-Rollin, Raspail, Barbès,
Cabet, Proudhon u. s. w. Es erfolgte die Verurtheilung
von 11 Angeklagten zu 6 Monaten bis 2 Jahren Gefängniß, 100
Francs Geldbuße und fünfjährigem Verlust der bürgerlichen
Rechte. — Louis Napoleon hat sich frisches Wasser aus Paris
had schicken lassen.

London, 25. Juli. In der gestrigen Sitzung des Ober-
hauses erklärte Lord Malmesbury, er halte es für Pflicht und
Schuldigkeit, da die Affaire des Schiffes „Regina Coeli“ vor acht
Tagen eine lebhafteste Gesinnungsäußerung in diesem Hause her-
vorgeufen, nun auch die amtliche französische Darstellung jener
Begebenheit mitzutheilen. Er verliest darauf einen Bericht des
französischen Marine-Ministers an den französischen Minister des
Auswärtigen, wonach die Neger an Bord der „Regina Coeli“
wirklich freie Arbeiter und mit der Genehmigung des Präsidenten
von Liberia eingeschifft waren; ferner einen Brief vom Kapitän
Croft vom britischen Dampfer „Ethiopa“, der die Neger als Pi-
raten anzusehen schien. Kapitän Croft habe Vergeßens geordert,
welches Kapitän Simon von der „Regina Coeli“ verweigert.
Wäre das Fahrzeug für den Sklavenhandel ausgerüstet gewesen,
so hätte der französische Kapitän, anstatt die Herausgabe der „Re-
gina Coeli“ zu fordern, nichts mehr von sich hören lassen. Lord
Brougham sagt, dies also sei die erste Lesart der Gegenpartei;
es verstehe sich, daß man ihr Gehör geben, aber nicht, daß man
ihr unbedingt Glauben schenken müsse. Es sei eine amtliche
Darstellung, gegen die sich in Frankreich selbst, wenn dort die-
selbe Redefreiheit wie in England bestände, zahlreiche Stimmen
erheben würden; dennoch weiche dieser amtliche Bericht sorgfältig
dem Hauptpunkt aus und hüte sich zu behaupten, daß jene „freien
Arbeiter“ ohne Anwendung von Gewalt oder Trug an Bord der
„Regina Coeli“ gebracht wurden. Sei es auch wahrscheinlich,
daß freie Arbeiter freiwillig nach Kuba gehen würden, wo es
keine freie Negerarbeit giebt? Es solle nicht gelängnet werden, daß
Kapitän Simon ein Recht auf die Herausgabe des Schiffes hatte,
gleichviel worin die Ladung bestand; die Vergungsfrage habe
nichts mit dem Urtheil über den Charakter der sogenannten Ne-
gerauswanderung zu schaffen. Diese Auswanderung halte er
nach wie vor für Sklavenhandel. Er sei im Besitz mehrerer un-
ständlichen Berichte aus Afrika, theils von einem Konsul, theils
von einem Regierungsagenten, und theils von Privatpersonen,
welche sämmtlich darin übereinstimmen, daß die Afrikaner an
Bord der „Regina Coeli“ verkauft worden waren und kaum auf
das Schiff gekommen, gefesselt wurden. — Im Unterhause wurde
die indische Bill zum zweiten Male gelesen. — Dr. William

Russell, der Times-Korrespondenz in Indien, war, laut einer telegraphischen Depesche an die „Times“, vom Sonnenstich vollkommen genesen, in Futtyghur.

London, 26. Juni. Im Oberhause brachte gestern der Bischof von Oxford das Gespräch wieder auf die Sklavenhandelsfrage. Er sei kein Gegner der Überwachen, und gut geleiteten Auswanderung freier Russen aus China, aber die Regierung müsse es verhindern, daß Russen durch List und Gewalt an Bord von Schiffen gebracht und nach Cuba verkauft würden. In beiden Häusern kommt die Themse-Frage zur Sprache; man verlangt Abhilfe gegen die von den pestilenzialischen Ausdünstungen des Flusses drohende Gefahr. Bei der Komiteeberathung der indischen Bill wurden die von Palmerston und dessen Anhängern gestellten Gegenanträge mit sehr großer Mehrheit verworfen. — Thor-jewell erklärt in den Zeitungen, daß er durchaus nicht angelobt hat die Poptische Flugchrift zu unterdrücken, und daß er ruhig dem Spruch der Geschworenen entgegenstehe. Er spricht sein Bedauern darüber aus, daß seine Verteidiger ohne ihn zu fragen den schon erwähnten Vergleich, der Regierung zur Liebe, eingegangen sind.

Italien. Die Ausbrüche des Vesuv haben seit dem 15. gänzlich aufgehört. — Der „Cagliari“ ist in Genua eingelaufen. Nach neueren Nachrichten aus Neapel beharrt Piemont auf seinen Unabhängigkeitsansprüchen.

Russland. Von der russischen Grenze, 10. Juni, wird berichtet, daß die Bürger des Kienschen Gouvernements eine Sammlung von 12 Kop. pro Kopf beschlossen haben, um sowohl armen Studenten als den aus der Verbannung heimkehrenden Flüchtlingen eine Unterstützung zu bereiten. Der Kaiser hat nicht bloß diesen Beschluß gutgeheißen, sondern den Bürgern auch seinen Dank ausdrücken lassen, was allgemein einen sehr günstigen Eindruck herbeigeführt hat.

Berliner Börse. Montag den 28. Juni 1858.

Die Börse war heute wiederum in fester Haltung, aber ziemlich geschäftlos, nur in Friedrich-Wilhelm-Nordbahn- und Rhein-Nach-Eisenbahn-Aktien fand etwas Umsatz statt.

- | | |
|----------------------------------|----------------------------------|
| Eisenbahn-Aktien. | Deut. 50 fl. Pr.-Obl. 107 3/4 B. |
| Berg-Wärf. 78 B. | Preuß. und volleinbezahlte |
| Nach-Nachricht 38 3/4 B. | ausländ. Bank-Aktien. |
| Deut. Hamburg. 104 B. | B. Sdlsg.-A. 78 1/2 B. |
| Pr.-Rgt. 136 1/2 B. | Pr. Bank-Akt. 99 1/2 B. |
| Stettin 114 — 1/4 B. | Danziger Privat 84 B. |
| Kupf. 124 B. | Darmst. 94 1/2 B. |
| Wst.-Winden 143 1/2 B. | do. Zettel 88 B. |
| Dr. Schw.-Frt. Akt. 94 3/4 B. | Deff.-Kred. 49 3/4 B. |
| do. do. neue 21 1/2 B. | Dis.-A. 102 1/2 — 3/4 B. |
| Oberl. Litt. A. u. C. 157 1/2 B. | Genfer-Kredit 65 — 64 3/4 B. |
| do. Litt. B. 127 1/2 B. | Hamburger Vereinsb. 95 1/2 B. |
| Est.-Obl. (Wst.) 47 3/4 B. | Hannov. Vereinsb. 95 1/2 B. |
| Rheinische 86 1/2 B. | Leipz. Kredit 68 1/2 B. |
| Thüringer 111 1/4 B. | Königsb. Privatb. 84 B. |
| Wergard-Posen 91 1/2 B. | Magdeb. Privatb. 85 B. |
| Magdeb.-Halberst. 190 B. | Meininger 81 1/2 B. |
| Magdeb.-Wittenb. 32 1/4 B. | Wesb. Bank. — |
| Meisenburger 46 3/4 — 47 B. | Norddeutsche 81 3/4 B. |
| Fr.-Wst.-Kred. 53 3/8 — 54 B. | Deutsche 112 3/4 — 1/2 B. |
| Indw.-Verh. 142 1/2 B. | Posener Provinzialb. 83 1/4 B. |
| Deut. fr. St.-C. 174 1/2 — 75 B. | Pr. Bank-An. Sch. 138 B. |
| In- und Ausländische Fonds. | Prß. Sdlsges.-Anth. 81 3/4 B. |
| Pr. Staats-Schuldsch. 83 1/2 B. | Schl.-Bank-S.-A. 79 1/2 B. |
| Berl. Stadt-Obl. 101 B. | Thüring.-B.-Akt. 74 1/4 B. |
| Deut. 5% Metall. 80 1/2 B. | Waar.-Pr.-A. 96 B. |
| 5% Nat.-Anl. 81 — 80 7/8 B. | Weimarische - 95 B. |
| London 5 Lhr. 13 3/4 Sgr. | 1/2 Imperial 5 Lhr. 13 1/2 Sgr. |
- Getreide: Roggen per Juni-Juli 45 1/2 — 46 1/2 bez. Sept.-Okt. 46 1/2 — 47 1/2 B. — Spiritus 19 1/4 B. — Del per Juni 16 1/4 — 1/3 B.

Verantwortlicher Redakteur: Franz Dunder in Berlin.

Berlin.
Verlag von Franz Dunder.

Hierzu 1 Beilage.

Gine!

Große Partie Sonnen- u. Regenschirme empfiehlt im Einzelnen unter'm Duzendpreis zum Ausverkauf August Jaedel, Neue Köstr. 7.

Fertige Westen.

Das vollständige Lager empfiehlt W. Jaska, Schneiderstr., Spittelstraße 18, a. 3 Tr. Westen zur Ansicht befinden sich in dem unten angebrachten Spind. Große Auswahl weißer Westen zu 2 Thlr., sowie alle übrigen Kleidungsstücke, von denen sich stets eine Auswahl vorräthig befindet; auch wird jede Bestellung in diesen Artikeln schnell zur größten Zufriedenheit bei möglichst billig. Preisen ausgeführt.

Den Herren Wiederverkäufern

empfehle französische Nähseide in kleinen Strängen aufgemacht, in beliebigen Gewichten per Pfd. 8 1/4 Thlr., à Lth. 8 Sgr. Verkauf unter 4 Lth. findet nicht statt. E. A. Scherz, Kaiserstr. 12.

Cassinetts (Angela) in allen Farben, Elle 5 1/2 — 10 Sgr. Bedruckte baumw. Drillsche zu Bettdecken, Elle 4, 4 1/2 — 10 Sgr., Starkes engl. Leder zu Arbeitshosen, Elle 6 — 10 Sgr., Weißes und schwarzes engl. Leder, Elle 5 — 10 Sgr., empfiehlt Wilhelm Werner, Haack'schen Markt 2.

Maler- und Mauerfarben, Firniß u. Terpentinöl empfiehlt billigst Friedr. Kramer, Liniensstr. 138, nahe d. Friedrichstr.

Alle Arten Fattersachen, Camlotts, Serge u.

werden bei mir auch on detail zu on gros-Preisen, namentlich für die Herren Schneidermeister verkauft. J. Rahemann jun., Kösterstr. 79.

Uhren, Juwelen, Gold, Silber und Münzen werden zum höchsten Preise gekauft bei E. W. Rosenthal, Spandauerstr. 56.

Schwarzseidene Hüte, à 7 1/2 Sgr.,
emp. C. Friedrich, Rohrenstr. 31, am Gend'armenm.

Ein unverheirateter Tischlermeister, pünktlicher Mietbezahler, sucht eine Werkstätte zu 7—8 Bänken nebst Wohnung. Adressen Schumannstr. 18. bei Schag.

Gebr. Handschuh-Nähmaschinen w. gel. im Handschuhgesch. Friedr. P. 48. Ein guter Möbelwagen von mittler Größe zum Einspannen wird gekauft Elisabethstraße 19.

Nicht Verjährtes Insektenpulver

von vorzüglich schnell tödtender Wirkung empfiehlt Pfund- und lothweise F. W. Schneider, Friedrichstr. 99. 140r Masch., 1 Webestuhl, Fadritatensil. zu verl. Magazinstr. 1. Länge. 6 Pfd. besten Tischler-Leim für 1 Thlr., 15 Pfd. Terpentin-Stärke für 1 Thlr. empfehlen Koeppe & Franz, Rosenthalerstr. 63.

Für Maschinenbau-Anstalten.

Schwarzen Eisenschiff, gut bedend, blank u. schnelltrockend, à 30 L.-Tr. 18 Thlr. empf. d. Fabrik von E. Witte, Blumenstr. 28.

Druck für Dunder & Weidling in Berlin, F. Weidling, Potsdamerstr. 20.